Antrag 52/I/2023
AfB Berlin
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben - kein ÖPP beim Schulbau

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat werden aufgefordert sich auch zukünftig gegen Schulbaumaßnahmen in öffentlich-privater Partnerschaft einzusetzen. Solange landes- und bundeseigene Gesellschaften weitere Teile der Schulbauoffensive kreditfinanziert umsetzen können, besteht keine Grundlage für den risikobehafteten Weg der öffentlich-privaten Partnerschaft.

Stattdessen soll das erfolgreiche Modell des kreditfinanzierten Schulbaus durch landeseigene nur formell privatisierte Unternehmen ausgeweitet werden. Insbesondere sollen dazu folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Anhebung des Kreditdeckels der HOWOGE zwecks vollständiger Ausfinanzierung der zugewiesenen 38 Maßnahmen
- Darüber hinaus soll die Umsetzung weiterer 15 dringlicher Maßnahmen entweder durch HOWOGE oder eine weitere städtische Wohnungsbaugesellschaft (z.B. Berlinovo) entsprechend dem Beschluss der SPD-Fraktion vom Herbst 2022 auf den Weg gebracht werden.
- Prüfung der Kreditfähigkeit der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) mit dem Ziel eines kreditfinanzierten Sanierungsprogramms für die sanierungsfälligen Oberstufenzentren.
- Verhandlung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) mit dem Ziel, Teile der Schulbauoffensive in Zusammenarbeit mit ihr als Bundesanstalt umsetzen zu lassen.

Begründung

Bei der Organisation der Schulbauoffensive in 2016 war eine zentrale Erkenntnis, dass Bezirke, die qua Gesetz für Schulbau, Sanierung und Instandhaltung zuständig sind, nach der langen Zeit des Sparens den Sanierungsstau nicht alleine bewältigen können. Als Ergebnis wurden die drei Säulen der Schulbauoffensive errichtet, mit denen neben den Bezirken auch SenSBW sowie HOWOGE als zentrale Akteure Teile der Schulbauoffensive übernehmen.

Schon damals bestand wegen der Einbindung der HOWOGE die Sorge, dass der Schritt eine Dammbruch für weitere Privatisierungsmodelle, insbesondere ÖPP, darstellt. Diesen Bedenken ist die SPD mehrfach öffentlich mit einer klaren Zusicherung begegnet, ÖPP bleibe auch in Zukunft

ausgeschlossen.

Auch wenn wir heute feststellen, dass die damalige Übernahme durch SenSBW und HOWOGE nicht ausreicht und immer noch zu viele Sanierungsfälle bei den Bezirken liegen bzw. der Sanierungsstau weiter anwächst, muss diese Zusicherung gelten.

Um endlich mehr mittlere Sanierungsfälle durch die Bezirke abgearbeitet zu bekommen, müssen mehr Großsanierungen von anderen Akteuren übernommen werden. Statt aber den nachweislich extrem risikobehafteten Weg des ÖPPs zu gehen, sollen alle Möglichkeiten der landes- und bundeseigenen Gesellschaften ausgeschöpft werden, um mehr Maßnahmen kreditfinanziert in die Umsetzung zu bekommen.